

Landtagsinfo vom 25.09.2019

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

„Wie könnt ihr es wagen?“, mit diesen Worten klagte die Klimaaktivistin Greta Thunberg auf dem Klimagipfel der UN diesen Montag die Staats- und Regierungschefs an. Ähnliches ging auch mir durch den Kopf, als die Maßnahme des Klimaschutzpakets der Großen Koalition veröffentlicht wurde. Weitere Gedanken dazu in diesem Newsletter, sowie der Link zu Gretas bewegender Rede.

Auch unser Parteitag stand ganz im Zeichen des Klimaschutzes: Unser inhaltlicher Schwerpunkt auf der 36. Landesdelegiertenkonferenz am 21. und 22. September 2019 in Sindelfingen war der Leitantrag zum Klimaschutz „Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden-Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und fossilfreie Zeitalter“. Mit dem Parteitag feierten wir zeitgleich unseren vierzigsten Geburtstag – an dem Ort, am dem unser Landesverband am 30. September 1979 gegründet wurde. Direkt davor fand unsere Herbstklausur in Herrenberg statt. Über diese und weitere spannende Themen möchte ich euch diese Woche informieren. Wäre letzten Sonntag Landtagswahl in Baden-Württemberg gewesen, könnten wir Grünen laut dem neuen BW-Trend mit 38 Prozent der Stimmen rechnen. Das ist der höchste Wert, der je in einem Länderrend für uns Grüne gemessen wurde. Die CDU fiel auf 26 Prozent. Aber ihr kennt den Satz mit dem Teppich: Gerade, wenn der noch höher fliegt, unbedingt drauf bleiben! Wir machen aus Verantwortung für Menschen und Natur mit noch mehr Ansporn unbeirrt unseren Job.

Für heute mit sehr herzlichen grünen Grüßen, Euer Uli

Aus der Landespolitik

Das mutlose Klimaschutzpaket der Bundesregierung

Am Freitag gab die Bundesregierung ihre lang erwarteten Pläne für einen besseren Klimaschutz bekannt. Und fand die Bundeskanzlerin während des UN-Klimagipfels noch schöne Worte, zeigt das Ergebnis des Klimakabinetts schwarz auf weiß: In Deutschland steht da kein Handeln dahinter. Anstatt entschlossen die Menschheitsaufgabe Klimaschutz anzupacken, schiebt die Bundesregierung die Verantwortung auf die nächste Regierung. Deshalb kann ich Greta Thunbergs [Rede](#) gut verstehen. Wütend fragte sie: Wie könnt ihr es wagen? Warum handelt ihr nicht? Warum kommt ihr mit leeren Händen? Es ist endgültig der Zeitpunkt gekommen, dass die Staatsgemeinschaft die Klimakrise vereint anpacken muss. Die Bundesregierung will mit einem unfassbar niedrigen CO₂-Preis von 10 Euro einsteigen. Das ist ein Witz und kommt zu spät. Ein CO₂-Preis unter vierzig, fünfzig Euro pro Tonne wird nichts ändern. In der Schweiz

haben sie einen Tonnen-Preis für CO₂ von über 80 Euro (96 Franken). Das, sage ich ganz deutlich, ist nicht nur mutlos, das ist schon feige. Eine Tonne bundesdeutsches Kohlendioxid zerstört das Klima nicht weniger als eine Tonne CO₂ aus der Schweiz. Eine Steuerungswirkung, die klimafreundliches Wirtschaften belohnt und klimaschädliches bestraft, wird verfehlt.

Es bleibt weiterhin unklar, in welchem Umfang Erneuerbare Energien ausgebaut werden sollen. Das ist fatal, denn ohne ausreichend erneuerbaren Strom kein Kohleausstieg, keine Elektromobilität, keine Wärmeversorgung. Die Windkraft stirbt weiter vor sich hin, genauso wie die Photovoltaik. Dabei müsste der Solaranteil im Jahr 2030 fast doppelt so hoch sein wie heute, damit Deutschland seine Ökostromziele erreicht. Erfreulich ist zumindest, dass die Bundesregierung den Solar-Deckel für größere Anlagen aufgehoben hat. Bisher galt: Wenn in Deutschland Solaranlagen mit einer Leistung von 52 Gigawatt installiert sind, endet die Zusage, eine garantierte Förderung aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz zu bekommen. Die Subventionen werden nun auch bei größeren Anlagen fortgezahlt. Bei Windrädern gibt es eine neue Abstandsregelung: In einem Radius von 1000 Metern um Wohngebiete sollen künftig keine Windräder mehr errichtet werden dürfen. Dadurch wird die verfügbare Fläche für Onshore-Windkraft um rund die Hälfte reduziert, berechnete das Umweltbundesamt. Und das, wo doch in diesem Jahr aus Mangel an genehmigten Flächen ohnehin kaum noch neue Windräder ans Netz gehen. Wir müssen wieder verstärkt in die Windkraft investieren. Ich teile die Einschätzung unseres Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, dass wir ohne Gebote und auch Verbote nicht auskommen werden. Selbstverständlich werden wir die soziale Gerechtigkeit berücksichtigen. Die zahlreichen bundesweiten Demonstrationen am Freitag haben gezeigt, dass viele junge Menschen die Zeichen der Zeit besser erkannt haben als Merkel und Co. In Freiburg und Stuttgart waren es jeweils 30.000 Menschen, in Karlsruhe und Konstanz über 10.000 Menschen. Deutschlandweit gingen rund 1,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger auf die Straße. Ich selbst war in Erfurt auf der dortigen Demonstration, im Rahme der Grünen Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Fotos findet ihr hier:

<https://www.facebook.com/UliSckerl>

Jubiläums- Parteitag im Zeichen der Klimapolitik

Am vergangen Wochenende fand in Sindelfingen unser Jubiläums-Parteitag, 40 Jahre Bündnis 90/Die Grünen, statt. Die 220 Delegierten haben den Landesvorstand gewählt und Sandra Detzer und Oliver Hildenbrand als Vorsitzende im Amt für weitere zwei Jahre bestätigt. Der Leitantrag zur Klimapolitik wurde verabschiedet, der unseren Weg in ein klimaneutrales, fossilfreies Baden-Württemberg aufzeigt. Eine Übersicht über den Landesvorstand und die weiteren Mitglieder des Landesvorstands findet ihr unter: <https://www.gruene-bw.de/partei/landesvorstand/>

Der Leitantrag zum Klimaschutz legt eine umfassende Strategie vor. Ziel ist es, Baden-Württemberg schnellstmöglich klimaneutral zu machen, um das internationale 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, mit dem die gefährliche Klimaerhitzung eingedämmt werden kann. Dies ist eine wichtige Botschaft. Baden-Württemberg tut alles, was möglich ist, um das 1,5-Grad-Ziel für die Welt so schnell wie möglich zu erreichen. Weitere Forderungen im Leitantrag sind neben dem CO₂-Preis die Verkehrswende voranzubringen, unter anderem durch die Verdopplung des ÖPNV und die Reduzierung des Autoverkehrs um landesweit ein Drittel und 50 Prozent in den Städten bis 2030. Die Energiewende soll durch die stärkere Förderung der Photovoltaik weitergetrieben werden. An die Bundesregierung richten wir dabei die klare Forderung, die Flaute beim Windkraftausbau endlich zu beenden. Ein weiterer zentraler Punkt ist der Fokus auf das Einsparen von Rohstoffen: Wir wollen den Ressourcenverbrauch minimieren, zu einer echten Kreislaufwirtschaft gelangen und Alternativen zu erdölbasierten Produkten fördern.

Insgesamt steht über unserem Leitantrag das Ziel, Baden-Württemberg zum Vorreiter beim Klimaschutz zu machen, damit unseren Industriestandort für die Zukunft fit zu machen und unseren Wohlstand nachhaltig zu sichern. So soll zum Beispiel das emissionsfreie Auto der Zukunft „Made in Baden-Württemberg“ sein.

Grüne Fraktionsklausur

Die diesjährige September-Fraktionsklausur fand in Herrenberg in der vergangenen Woche statt. Den Auftakt der dreitägigen Klausur bildeten unterschiedliche Vororttermine. Als Vorsitzender des Arbeitskreises Innen besuchte ich mit weiteren Abgeordneten die Initiative „Flüchtlinge und wir e.V.“ in Herrenberg. Seit rund 30 Jahren engagieren sich darin Ehrenamtliche für geflüchtete Menschen: Als Paten, beim Erlernen der deutschen Sprache, bei der Arbeit- und Wohnungssuche sowie in der asylrechtlichen Verfahrensberatung. Kurzum: Ihr zivilgesellschaftliches Engagement ist die Basis einer gelingenden Integration.

Bürgerdialog mit überwältigendem Zuspruch

Am Dienstabend fand ein bestens besuchter Bürgerdialog statt. Der überwältigende Zuspruch war sicherlich auch der Ankündigung geschuldet, dass unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann für eine weitere Amtszeit kandidiert. Mit seiner Rede wurde Winfried den Erwartungen gerecht. Launig, unterhaltsam und ganz persönlich auf Herrenberg zugeschnitten nahm der beliebteste Ministerpräsident der Republik die Anwesenden sehr schnell für sich ein. Zudem unterstrich Winfried Kretschmann zwei gewichtige Gründe für seine erneute Kandidatur – den Klimawandel in der Natur und in der Gesellschaft. Genau diese Notwendigkeit bestätigten unfreiwillig die 21 AfD-Gegendemonstrantinnen und -demonstranten vor der Halle.

Diskussion um die Zukunft

Auf der umfangreichen Tagesordnung standen unter anderem das Volksbegehren Artenvielfalt, zu dem ihr noch getrennt informiert

werdet, Beratungen zum Doppelhaushalt 2020/2021, Klimaschutz, und die Themen Innovationspolitik und Zukunft. Zu diesen beiden Themen hatte die Fraktion zwei Experten eingeladen. Zum Thema „2030 Aussichten und Chancen für Baden-Württemberg im ökodigitalen Zeitalter“ sprach Detlef Gürtler, Senior Researcher am Schweizer Gottlieb-Duttweiler-Institut. Gürtler stellte dabei heraus, dass sich die zukünftigen Arbeitsplätze stark verändern würden. Der nächste Referent Dr. Ralf Lindner, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung in Karlsruhe, sprach über „Aktuelle Innovationspolitische Trends und ihre Implikationen“. Lindner leitet seit Juli 2019 das Competence Center Politik und Gesellschaft. In seinem Vortrag lobte Lindner das Grüne Positionspapier Innovationspolitik, insbesondere die Idee einer Koordinierungsstelle für Innovation. Es zeigt sich hier beispielhaft, dass wir Grünen die politische Kraft sind, die die Zukunft ganz besonders im Blick hat. Am dritten Tag unserer Klausur erreichten uns mitten in die Diskussion um das ganz zentrale Thema Klimaschutz die Ergebnisse des neuen BW-Trend mit den 38 Prozent für uns Grüne. Trotz großer Freude bestand bei allen Anwesenden Einigkeit darüber, dass dies eine Momentaufnahme, aber auch Ansporn und Verpflichtung ist.

Verbot von „Combat 18“ gefordert

Nach dem schrecklichen Mord am Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der mich immer noch zutiefst erschüttert, hatte Bundesinnenminister Horst Seehofer angekündigt, Verbote von rechtsextremen Gruppierungen zu prüfen, darunter „Combat 18“. Doch passiert ist bisher wenig. Diese Einschätzung teilen offensichtlich auch die Innenminister Niedersachsens, Thüringens und Hessens, denn sie haben jetzt den Druck erhöht. Der baden-württembergische Innenminister hat sich nun auch der bundesweiten Initiative seiner Amtskollegen angeschlossen, nach lautstarken Forderungen von mir und meiner Fraktion.

Zum Hintergrund: „Combat 18“, „Kampfgruppe Adolf Hitler“ lautet der Namen ausgeschrieben - die 18 steht für den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets, den Initialen Hitlers. Die Gruppierung stand durch ihre internationale Vernetzung von Neonazis im Fokus mehrerer NSU-Untersuchungsausschüsse. Geheime, verschwörerische Aktivitäten von „Combat 18“ sind auch für Baden-Württemberg nachgewiesen. Aktuell werden Verbindungen von „Combat 18“ zum mutmaßlichen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke (CDU) geprüft.

„Combat 18“ ist der militante Arm der im Jahr 2000 verbotenen neonazistischen Skinhead-Organisation „Blood & Honour“ (B&H/ dt.: „Blut und Ehre“). Unverständlicherweise blieb C18 vom damaligen B&H-Verbot unberührt. Seit 2012/2013 verstärkt C18 die bundesweiten Aktivitäten, von denen auch Baden-Württemberg betroffen ist: Im vergangenen Juli ging beispielsweise eine Bombendrohung per E-Mail bei der Moschee im Mannheimer Stadtteil Jungbusch ein, die mit C18 unterzeichnet war. Mehrere Aktivisten von

C18 sind zudem in Baden-Württemberg aktiv. Ausführliche Informationen zu dieser braunen Struktur finden sich hier: <https://exif-recherche.org/?p=4399>

62. Schülerwettbewerb des Landtags:

Einsendeschluss 15. November 2019

Schülerinnen und Schüler aus meinem Wahlkreis lade ich zur Teilnahme am 62. Schülerwettbewerb des Landtags ein: In Diskussionen bestehen, kritisch Stellung zu politischen Themen beziehen, argumentieren und gegenargumentieren – all dies kann man üben und dabei sogar Spaß haben. Das Motto des erfolgreichen Programms zur Förderung politischer Bildung lautet: „komm heraus, mach mit“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wählen zwischen verschiedenen Themen und Arbeitsformen. So kann ein Plakat gestaltet werden, etwa zu einem Vorurteil. Möglich sind aber auch Foto- und Videobeiträge zu Glaubensvorstellungen im Alltag - im Onlineformat.

Der Schülerwettbewerb will Jugendliche dazu anregen, sich mit politischen Fragestellungen und Problemen aktiv auseinanderzusetzen. Mitmachen lohnt sich doppelt - wegen der herausragenden Erfahrung, aber auch wegen der zahlreichen Gewinne. Es locken Sachpreise, Studienfahrten und, nicht zu vergessen, der Förderpreis des Landtags für herausragende Arbeiten in Höhe von bis zu 1.250 Euro. Bei der Preisverteilung durch unsere Grüne Landtagspräsidentin Muhterem Aras werden alle Schularten berücksichtigt. Bitte leitet diese Informationen an Schülerinnen und Schüler weiter, die ihr kennt. Einsendeschluss ist der 15. November 2019. Umfassende Informationen zum 62. Schülerwettbewerb sind auf der Homepage www.schuelerwettbewerb-bw.de zu finden oder bei der Landeszentrale für politische Bildung, Schülerwettbewerb des Landtags, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart zu bestellen.

Bevorstehende Termine!

Ortsbegehung und Bürgergespräch in Altenbach

26.09.2019, 15 Uhr, Altenbach, Ortsmittelpunkt

Rodensteinerfest in Weinheim

28.09.2019, von 10-14 Uhr, Weinheim, Hauptstraße 23 vor dem Grünen Büro

14. Regionalmarkt in Ladenburg

28.09.2019, von 11-17 Uhr, Ladenburg Festwiese